

Der Kredit der Glaubwürdigkeit

Wann wird Russland so an den Sinn von Wahlen glauben wie Deutschland?

Anna Bataschewa, Russland

Sonntag. Eine Schule, darin Kabinen und Stimmzettel. Die Wahlen zum Bundestag sind den Wahlen zur russischen Duma ähnlich. Vor allem: Wie in Russland waren die Ergebnisse vorhersehbar – ein Drittel der Stimmen war Angela Merkel von Beginn an sicher. Zum historischen Sieg – mit einer Einparteienmehrheit ohne Koalitionspartner in die Geschichte Deutschlands einzugehen – fehlten nur ein paar Sitze.

In Deutschland gab es auch nach den letzten Wahlen wieder Fragen des Vertrauens in die Politiker und in die Macht der Wahlanalysten: Trotz der Tatsache, dass der Wahlprozess in Deutschland gesetzlich vollständig geregelt ist, gibt es noch dünne Stellen – wie in jedem System. Die Frage ist, ob das Auswirkungen auf das Vertrauen der Wähler in die Wahlen hat.

Hier staunen die Russen über zwei Dinge. Erstens, dass niemand die offensichtlichen und einfachen Möglichkeiten, das Ergebnis der Wahlen zu beeinflussen, nutzt. Es gibt keine Notwendigkeit und es würde nicht unbemerkt bleiben. Der in Russland typische Druck auf die Wahlkommission, „Wählerkarussell“, Stimmenkauf und anderer Betrug sind hier nur in der Theorie bekannt. Zweitens werden mögliche Schwierigkeiten auf der Grundlage des Prinzips „Alles für den Wähler“ gelöst. Formalismus und Bürokratie sind viel kleiner als in Russland.

Die Deutschen verlassen sich auf Tradition und gesunden Menschenverstand. Für sie ist das kein Problem. Aber auf russischer Erde müsste solch eine Idee lange auf Erfolg warten. „Wir sind anders, und das deutsche Wahlsystem müsste an Russlands angepasst werden“, sagt Wahlexperte Arkadi Ljubarew. „Bemerkenswert ist, dass es in Deutschland im Prinzip keine Notwendigkeit zu Einschränkungen, wie der strengen Kontrolle der Wahlkommissionen, gibt. Ihre Mitglieder vertrauen einander.“

Deutschland hat viel für dieses Vertrauen getan. Fast 73 Prozent der Wähler sind sich sicher, dass ihre Stimmzettel an der richtigen Stelle ankommen. „Ich verstehe nicht, wenn Leute mich fragen, ob ich am Wahlergebnis zweifle. Natürlich nicht, wie könnte es anders sein?“, sagt der deutsche Student Frank.

Die russische Wahlerfahrung legt nahe, dass dies möglich ist. Die Jugend würde Frank nicht verstehen. Doch nicht nur die russische. „Die Krise des Vertrauens“ in Wahlen und in die Politik als Ganzes erlebt heute ganz Osteuropa. „In Belarus war ich als Student anerkannter Wahlbeobachter“, erzählt Timofej Lanin. „Die meisten Menschen empfinden die Wahlen als ein

Ritual, dem nichts folgt. Aber das Wichtigste ist: Der Wert der menschlichen Ausdrucksvermögens ging verloren.“

Es ist schwierig zu sagen, ob sich diese Situation jemals ändern wird. Die Russen waren bei den Wahlen Ende der 90er Jahre enttäuscht. Umfragen belegen, dass im neuen Jahrtausend das Interesse am politischen Leben im Rahmen des etablierten Systems verloren gegangen ist. Wahlen werden so diskreditiert, dass einige sozial aktive Segmente der Gesellschaft die Abstimmung mit Slogans und mit der Konfrontation mit den Strafverfolgungsbehörden vorzieht. Wesentliche Änderungen müssen geschehen, um die Glaubwürdigkeit der Wahlen als Teil eines demokratischen Regierungssystems zurückzugewinnen. Arkadi Ljubarew: „Unser Weg dorthin führt über die strenge Regulierung durch das Gesetz. Je klarer und genauer, umso besser.“

Wahlen auf Deutsch, „Big Mama“ wieder an der Spitze

Pawel Bilezky, Ukraine

Deutschland hat ein neues Parlament gewählt. Da dieses Land heute ein wichtiger Akteur auf der europäischen Bühne ist, wird der deutsche Wahlkampf nicht nur vom Europaparlament genau beobachtet, sondern auch von Politologen und Journalisten aus der ehemaligen Sowjetunion und Asien. Ein Redakteur der Tageszeitung *Wysokyj Samok* aus dem westukrainischen Lwiw hat eine Woche den Wahlhergang im Herzen Deutschlands beobachtet.

Berlin, vier Tage vor der Wahl: Die deutsche Hauptstadt mit einer Bevölkerung von etwa 3,5 Millionen Einwohnern ist tatsächlich voll von Plakaten mit den Bildern potenzieller Kandidaten und Parteien, die bereitstehen, in wenigen Wochen den neuen Bundestag zu gestalten.

Um das Wahlsystem in Deutschland zu verstehen, gibt es am Tag vor der Wahl ein Treffen mit dem Geschäftsführer des Büros der Vorsitzenden der Wahlkommission von Berlin, Gert Baasen. Das Erste, womit Gert Baasen seine Gäste aus Osteuropa überrascht, ist, dass in Deutschland rund 20 Prozent der Wähler per Post abstimmen – und sie tun das ein oder zwei Wochen vor der Wahl.

„Die Deutschen sehen in einem solchen Verfahren keine Bedrohung für die Echtheit der Abstimmung“, sagt Gert Baasen. „Es ist bequem und seit vielen Jahren sehr beliebt.“ Diese spricht für das große Vertrauen der Bürger in den Wahlprozess.

In der Geschichte der Briefwahl gab es laut Gert Baasen nur einen Fall der Wahlfälschung, als der Bürgermeister einer Stadt in Bayern die Umschläge öffnete und die Unterlagen mit den gewünschten Stimmen austauschte. Dieser „schlaue“ Mann wurde wieder Bürgermeister, aber blieb es nicht lange: Recht bald wurde er abgesetzt, seines Postens enthoben und für ein paar Jahre hinter Gitter gesetzt.

Am Wahlsonntag, dem 22. September, war Berlin ziemlich leer, leerer als an üblichen Wochenenden. Kein Gefühl besonderer Aufregung, keine Feierlichkeit. Überall hingen Plakate mit Kandidaten und Parteien. Eine Besuch an vier Standorten im Zentrum von Berlin zeigt: In deutschen Wahllokalen geht es nicht viel anders her als in ukrainischen. Doch vor den Schulgebäuden, in denen die Wahllokale eingerichtet sind, wehen die Flaggen der EU, von Deutschland und Berlin. Statt Kabinen stehen Faltschachteln auf Tischen – was den Effekt einer Kabine hat. Die Wahlurne ist nicht durchsichtig, wie in

der Ukraine, sondern aus Metall, und den Schlüssel hat der Vorsitzende der Wahlkommission.

Eines dieser Wahllokale in der Nähe des Rosenthaler Platzes hat etwas mehr als 900 Wähler. Von denen haben gut 600 direkt oder per Briefwahl gewählt. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von rund 75 Prozent. Ähnlich ist sie in ganz Deutschland. Um 18 Uhr ist die Wahl zu Ende. Selbst eine Frau, die zwei Minuten nach sechs um die Ecke hastet, wird vom Vorsitzenden des Wahllokals nachdrücklich abgewiesen. Fünf Minuten später bittet eine weitere Frau um Einlass, ihr Mann habe vergessen, sie rechtzeitig loszuschicken. Auch sie muss wieder gehen.

Die größte Überraschung aber ist, dass in Deutschland sogar Wahlzettel zählen, auf denen neben den Kästchen für das Kreuz des Kandidaten die Wähler Kommentare geschrieben haben. So kommen auch Stimmen wie „Dummkopf“ oder „Spinner“ in die Auszählung – sofern das Votum eindeutig ist.

Die Stimmen sind gezählt, jetzt müssen die Parteien eine neue Mehrheit im Bundestag bilden. Die Deutschen warten unterdessen auf konkrete Maßnahmen und Reaktionen auf eine Reihe von Fragen. Kurz gesagt, darauf, dass „Big Mama“, wie sie Angela Merkel nennen, nicht nur mit Worten glänzt in den nächsten vier Jahren – sondern auch mit Taten.



Wahlen fälschen in Deutschland, Anleitung in zehn Schritten

Yurii Diuh, Ukraine

Die Deutschen vertrauen den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl. Das ist logisch, denn seit Jahren gab es keine Beschwerden oder irgendwelche Unregelmäßigkeiten. Nun stellen Sie sich vor, die Wahlen zu ihrem Parlament würden von ukrainischen Beamten für ukrainische Politiker, wie Wiktor Janukowitsch oder Julia Timoschenko, abgehalten. Ich betone noch einmal, dies ist nur eine Fiktion. Und die meisten deutschen Leser werden überrascht sagen: „Das ist Unsinn! Das wird nie passieren!“. Aber lassen Sie uns von vorne beginnen: Zehn Stufen des Wahlbetrugs in Deutschland.

1. Marionetten-Parteien: Ukrainische Politiker verschleudern oft und gern ihre Stimme an die Konkurrenz. Dies tun sie mit einer ungeheuren Anzahl an Pseudoparteien. In diesem Fall wären zur Bundestagswahl nicht zwei Dutzend, sondern gut fünfzig Parteien registriert gewesen. Die Wähler verlieren in dieser unübersichtlichen Menge den Überblick über deren politische Belange. Der Opposition gehen Stimmen verloren. Den Triumph haben die Regierungsparteien.

2. Schwarze PR: Gesetzestreue Deutsche verstoßen in der Regel nicht gegen das Wahlrecht. Aber ukrainische Politiker bewerfen einander mit Schlamm und beleidigen sich mit allen anderen möglichen und unmöglichen Mitteln. In übler Propaganda würden sie ihre politischen Gegner auf offener Straße als Kannibalen, Pädophile und Lügner diffamieren.

3. Bestechung der Wähler: Die Deutschen haben ein gutes Maß an Sicherheit. So ist es unwahrscheinlich, dass sie dem ukrainischen Beispiel folgen und ihre politische Überzeugung wegen eines Pakets Buchweizen oder 200 Euro einem anderen Kandidaten zuschlagen. Leider ist in der Ukraine dieser Weg, die Wähler zu beeinflussen, sehr beliebt.

4. Wählerlisten: Die Deutschen stimmen für die Kandidaten ihrer Wahlkreise. Sie können nur wählen, wenn ihr Name auf der Liste ist. Würden die Wahlen von ukrainischen Proregierungskandidaten organisiert werden, könnten viele Anhänger der Oppositionsparteien einfach nicht abstimmen: Ihre Namen wären auf wundersame Weise aus den Wählerlisten verschwunden.

5. Briefwahl: In der Ukraine gab es eine Menge Störungen bei der Abstimmung zu Hause. Mitglieder der Wahlkommission besuchen mit speziellen Boxen jene Leute, die aus gesundheitlichen Gründen nicht ins Wahllokal kommen können. Hier und bei der Stimmabgabe per Post ist es möglich, dass Briefe von Anhängern der Opposition einfach „verloren“ gehen oder kurz vor Eröffnung des Wahllokals von Mitgliedern der Kommission durch andere Umschläge ersetzt werden.

6. Die Stimmzettel für die Wahlen zum Deutschen Bundestag sind auf ganz normalem Papier gedruckt. Sie haben keine Sequenznummern und die Stimmen für Kandidaten und Parteien stehen auf einem gemeinsamen Blatt. Eine zusätzliche Möglichkeit für Betrug.

7. Auszählung der Stimmen: In den Wahllokalen in Deutschland arbeiten in der Regel bis zu acht Personen. Die Wahlzettel sind schnell ausgezählt. Regimefreundliche Mitglieder des

Ausschusses können Wahlzettel der Opposition verschwinden lassen oder sie einfach falsch auszählen.

8. Transport: Die Stimmzettel und die Protokolle transportiert der Leiter des Wahllokals in seinem eigenen Auto zur Wahlzentrale. Wo ist die Garantie, dass er die Unterlagen unterwegs nicht austauscht? So bekommt die regierende Partei die Mehrheit der Stimmen im Wahlbezirk.

9. Zahl der Abgeordneten: In Deutschland hängt die Zahl der Mitglieder des Bundestags vom Ergebnis der Wahlen ab. In der Ukraine würde die Regierung die Zahl ihrer eigenen Kandidaten derart erhöhen, bis ihre Fraktion auf die erforderliche Größe kommt.

10. Korruption, Stimmenkauf der Abgeordneten: Fünf Stimmen haben Angela Merkel zur absoluten Mehrheit gefehlt. Nun muss sie eine Koalition bilden. Herrschende politische Kräfte in der Ukraine hätten einfach die nötige Zahl an Abgeordneten aus anderen Fraktionen gekauft und sie gebeten, mit in das Team der Macht zu kommen.

Alles hier Beschriebene wäre in Deutschland nur möglich unter einer Bedingung: Ausschließlich ukrainische Wähler müssten an den Bundestagswahlen teilnehmen. Im Gegensatz zu den Deutschen verteidigen die Ukrainer nicht aktiv ihre Rechte und Freiheiten. Sie lassen zu, dass Politiker sie betrügen und die Wahlergebnisse fälschen. Keiner der zehn Schritte wäre in Deutschland möglich, weil jede solche illegale Handlung eine riesige Welle von Skandalen verursachen würde. In Anlehnung an einen berühmten Satz des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma: „Die Ukraine ist nicht Russland – die Ukraine ist nicht Deutschland“, bleibt zu sagen: Nein, die Ukrainer brauchen keine deutschen Politiker. Politiker sind überall gleich. Wir brauchen solche Wähler, wie es die Deutschen sind: bewusst und bereit, die Aktivitäten ihrer Politiker zu überwachen.

Siehe auch:

<http://vse.rv.ua/politika/1379681862-rivnenskiy-poglyad-na-vibori-v-parlament-nimechchini-foto.html>

<http://vse.rv.ua/politika/1379937533-rivne-berlin-viborchi-viyini-za-miscya-v-bundestazi.html>



Blinder Glaube und blind wählen

Viktoria Grischanowa; Belarus

Es ist unglaublich! Die Deutschen vertrauen blind in ihre Wahlen und in deren Ergebnisse. Kein einziger Deutscher zieht die Prozenste in Zweifel, die die einzelnen Parteien errungen haben. Das ist verständlich, hat doch Deutschland alle Bedingungen geschaffen, um die Wahlen demokratisch und transparent zu machen.

Interessant wäre, ob die Deutschen immer noch an ihre Wahlen glauben würden, müssten sie ihre Stimme vorfristig abgeben, anstatt per Post geheim abzustimmen. Es würde sich dabei um eine Abstimmung eine Woche vor dem eigentlichen Wahltermin handeln. Wie üblich müssten sie ein Kreuzchen machen und dann den Wahlzettel in die Wahlurne werfen. Das wäre ja okay. Aber was mit der Urne über Nacht passiert, könnte ihnen niemand genau sagen. Aufbewahrt wird die Wahlurne in einem extra Zimmer, einzig und allein bewacht von einem Milizionär. Der Rechtmäßigkeit der Wahlergebnisse könnten sie sich nicht sicher sein, weil sie nicht wissen, wo ihre Stimmen verwahrt werden.

Würden die Deutschen auf die Rechtmäßigkeit der Wahlen vertrauen, wenn die Stimmauszählung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden würde und dabei Stimmen verschwinden? Wenn sogar unabhängigen Beobachtern, die unter glücklichen Umständen in die Wahllokale gelangen würden, der Prozess der Auszählung vorenthalten bliebe? In Belarus stellen sich gewöhnlich die Mitglieder der Kommission so eng um den Tisch, dass sie mit ihren Rücken alle Wahlzettel verstellen und daher niemand erkennt, auf welchem Stapel der eine oder andere Wahlzettel landet.

Und würden sie nicht an den Ergebnissen der Wahlen zweifeln, wenn es keine qualifizierten staatlichen Umfragen gäbe und die Prognosen unabhängiger Institute nicht in die Medien gelangen würden? Würden, würden, würden ...?

Man könnte meinen, wir sprechen über einen nicht existierenden Staat oder über ein paralleles Universum. Aber ich beeile mich, Sie zu enttäuschen: Es gibt sie wirklich, diese schon viele Jahre währende Realität – bei den Wahlen in der Republik Belarus.

Vielleicht wissen aus diesem Grund die meisten Menschen oft gar nicht, wer in ihrem Wahlkreis für das Parlament kandidiert. Die Leute stimmen blind, weil sie wissen, dass ihre Stimme sowieso nicht zählt, weil die Ergebnisse gefälscht werden. Und weil sie nicht wissen, welche Partei und welche Kandidaten sie wählen sollen, wenn sich bei jeder Wahl zahllose neue und unbekanntere Parteien zur Wahl stellen. Auf den staatlichen TV-Kanälen haben diese Parteien zweimal je eine halbe Stunde die Chance, ihr Wahlprogramm vorzustellen. Raum für öffentliche

Werbung gibt es kaum, da sie nur an besonderen ausgewählten Orten erlaubt ist – erst recht nicht an jedem Laternenpfahl.

Und nach Schließung der Wahllokale wartet niemand gespannt auf die Ergebnisse der Wahlen, Public Viewing würde hier nicht funktionieren, weil alles sowieso schon entschieden ist.

Ach, ihr Deutschen, ich beneide euch mit unschuldigem Neid. Ihr könnt in aller Ruhe eure Stimme für die beste und beliebteste Partei abgeben und könnt euch sicher sein, dass diese Stimme auch gezählt wird.

Keine Verschlussache. Die Finanzierung politischer Parteien in Deutschland

Tatjana Kurmanowa, Ukraine

Die Ukraine, die ihr Parlament nach demselben Verfahren wählt wie Deutschland, kann eine Menge von Deutschland lernen. Das Erste ist, dass Deutschland während der Wahlen die Rechtsstaatlichkeit wahrt. Hier gibt es kein Jonglieren mit Stimmen und andere Formen von Korruption innerhalb der Regierung, die in den postsowjetischen Ländern während der Wahlen grassieren. Darunter fällt die Nutzung schmutziger Gelder für politische Kampagnen oder die Nutzung administrativer Mittel, die letztendlich die Ressourcen der Wähler sind – finanzielle, personelle und technische.

In demokratischen Ländern wird während der politischen Kampagne viel Wert auf deren Wirksamkeit gelegt. So gibt es in Deutschland auffällig viel politische Außenwerbung, aber sie ist nicht aufdringlich. In der Ukraine wurden zu den jüngsten Parlamentswahlen rund 10 Millionen Euro ausgegeben – für direkte Agitation und „Zombisierung“ wurden Werbeflächen und Medien zugepflastert.

Ein weiteres Ergebnis ist, dass es in Deutschland nicht um einen „Sieg um jeden Preis“ geht. Vielleicht deshalb, weil das Geld für die Wahlwerbung von Kandidaten und Parteien offen gesammelt wird. Wenn die Spenden mehr als 50.000 Euro betragen, werden die Namen der Sponsoren öffentlich gemacht, die Wahlausgaben werden offengelegt. Nach den Wahlen kann das Budget auch nicht „zurückerobert“ werden – Presse und Opposition beobachten genau deren Verhältnis zu Geldgebern und Lobbyisten. In der Ukraine ist die Situation alles andere als ideal: Mit jedem Wahlkampf wächst der Zynismus der Politiker, mit hunderten von Millionen Euro an „Schattengeldern“ – also schmutzigem Geld – werden die Stimmen von Abgeordneten gekauft.

So wie in Deutschland sind auch die ukrainischen Parteien verpflichtet, ihre Jahresabschlüsse zu veröffentlichen, mit Herkunft und Verwendung der Gelder. Doch in der Ukraine kommt dieser Pflicht von hundert Parteien nur ein Drittel nach. Die Abgeordneten sind per Gesetz verpflichtet, ihre Einnahmen offenzulegen – doch sie tun es nicht.

In der Ukraine darf der Wahlkampf der Parteien und Kandidaten nur aus Wahlkampfspenden und nur per Banküberweisung finanziert werden. Damit sollen die Geldflüsse transparent und nachvollziehbar werden. Doch diesem Gesetz unterliegen nur die Parteien. Die Hälfte aller Abgeordneten ist jedoch von diesen Antikorruptionsauflagen befreit.

Hinzu kommt, dass die ukrainischen Finanzberichte mehr als lakonisch daherkommen. Sie geben dem Wähler schlicht keine Informationen über Quellen, Ausgaben und Einnahmen der Parteien. In den Berichten fehlt es an allen Informationen. Dies ist verständlich, denn paradoxerweise kosten die Wahlen in der Ukraine in der Tat weitaus mehr, als den Wählern gezeigt wird. So geht „schwarzes“ Geld aus den Kampagnen an Journalisten für bestellte Artikel, an Propagandisten und Wahlbeobachter, Stabsmitarbeiter, Mitglieder der Wahlkommission, Polittechnologien, an die „richtigen“ Soziologen, an „mobile Gruppen“, die Wahlwerbung politischer Gegner zerstören. Das Geld geht am offiziellen Wahlkampfbudget vorbei für

unerlaubte Agitation und indirekte Ausgaben, wie zusätzliche Zeitungsauflagen, Außenwerbung, Konzerte und andere Wohltaten. Illegaler Wahlkampf wird auch mit indirekter Bestechung gemacht, direkte Ausgaben gibt es bei der Bestechung der Wähler, über innere Korruption bei der Übervorteilung der eigenen Leute und das Auffüllen eigener Ressourcen, bei Schmiergeld nach „oben“ und der Täuschung der Wählerschaft.

Demokratische Länder wie Deutschland versuchen die politische Korruption im Keim zu ersticken, vom ersten Moment an, in dem die entsprechende Person an der Macht ist und jeder Cent offengelegt werden muss. In der Ukraine liegt die Finanzierung von politischen Kampagnen und von Politikern immer noch hinter Schloss und Riegel.



Deutschland und Belarus: Das Recht auf Demokratie

Anastasia Lositsch, Belarus

Niemand will arm, dumm oder plump aussehen – weder Menschen noch Regierungssysteme. Viele europäische Länder geben sich demokratisch, erweitern ihre Verfassungen oder definieren ihren politischen Kurs neu. Ein Jahr vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag fanden in Belarus Parlamentswahlen statt. Beide Länder positionieren sich demokratisch, aber wie weit ähneln sich die Wahlprozesse beider Länder?

Agitation

In Berlin konnte nicht unbemerkt bleiben, dass die Informationen über die Kandidaten zur Bundestagswahl buchstäblich an jedem Laternenpfahl hingen. In Belarus, auch in der Hauptstadt, konnten viele Leute nicht einmal ein paar Tage vor den Parlamentswahlen 2012 die Namen der Kandidaten ihres Wahlkreises nennen (Link zu einem Video: [не могли назвать имена](#)). Flugblätter wurden bei weitem nicht überall verteilt, und eine der wenigen Möglichkeiten, sich Informationen über die Kandidaten zu verschaffen, waren besondere Wahlwände, die in den Städten installiert wurden, um Wahlinformationen unterzubringen.

Natürlich wurden Informationen über die Kandidaten in den Medien platziert, aber nicht immer in einer für die Kandidaten angenehmen Form. Die Kampagne „Menschenrechtler für freie Wahlen“, die den Wahlprozess überwacht hat, erfasst die Fälle von Zensur bei Veröffentlichung über Parlamentskandidaten in den Medien (Link dazu: [фиксировала](#)). Dazu gehören die Weigerungen von Verlagen, Wahlwerbung mancher Kandidaten zu publizieren, und das Redeverbot für bestimmte Politiker im staatlichen Fernsehen.

Frühe Abstimmung

So wie in Deutschland können die Belarussen auch frühzeitig abstimmen. Jeder fünfte Berliner hat in diesem Jahr beschlossen, sein Wahlrecht per Post auszuüben. In Belarus beginnt die vorzeitige Stimmabgabe genau eine Woche vor dem Wahltag und findet direkt in den Wahllokalen statt.

Menschenrechtsverteidiger haben häufig registriert, dass besonders Studenten, Beamte, Angestellte staatlicher Betriebe und andere Menschen, die auf den Staat angewiesen sind, zu vorzeitiger Stimmabgabe gezwungen wurden. Dies belegen Beispiele, bei denen Wähler bei ihrem Arbeitgeber eine Bescheinigung der Wahlkommission über die Teilnahme an der vorzeitigen Stimmabgabe vorlegen mussten oder ganze Gemeinden organisiert gemeinsam wählen gingen (Link hierzu: [фиксировали факты принуждения](#)). Bei den letzten Parlamentswahlen haben Menschenrechtsaktivisten in jedem sechsten überwachten Wahllokal Beweise für solchen Zwang zur vorzeitigen Stimmabgabe nachgewiesen.

Wahlbeteiligung

In diesem Jahr lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei 73 Prozent. In Belarus gab es 2012 nach offiziellen Angaben eine Wahlbeteiligung von 74 Prozent. Die Zählungen der Aktivisten der Kampagne „Menschenrechtler für freie Wahlen“ ergeben, dass die offizielle Wahlbeteiligung um 18,1 Prozentpunkte aufgeblasen wurde.

Zugang und Kontrolle

In Deutschland wird die Überwachung von Wahlen hauptsächlich von Journalisten durchgeführt. In Belarus beschäftigen sich damit vor allem belarussische Menschenrechtsaktivisten sowie die Beobachtermissionen der GUS und der OSZE. Allerdings kann der Staat den internationalen Wahlbeobachtern das Einreisevisum verweigern, so wie es zu den Parlamentswahlen mit den OSZE-Beobachtern Emanuelis Zingeris (Litauen) und Marieluise Beck (Deutschland) geschehen ist.

Die belarussischen Oppositionsparteien versuchen den Wahlprozess von innen zu kontrollieren, vor allem die Zusammensetzung der Wahlkommissionen. Aber bei den Parlamentswahlen im Jahr 2012 belief sich der Anteil der Mitglieder der Opposition in der Wahlkreisen auf etwas mehr als 3 Prozent, obwohl die Gesamtzahl der nominierten Bewerber bei 10 Prozent lag. Bei der Zusammensetzung der Wahlkommissionen, die direkt an der Auszählung der Stimmen beteiligt waren, lag der Anteil der Oppositionsparteien im vergangenen Jahr bei etwa 0,1 Prozent.

Transparenz

In Deutschland kann jeder Einwohner des Landes, aber auch jeder ausländische Journalist ein beliebiges Wahllokal besuchen, die Auszählung der Stimmen beobachten oder an der Sitzung des Kreisausschusses teilnehmen. In Belarus ist die Auszählung der Stimmen ein Rätsel, so wie auch die Abstimmung selbst. Auf den Sitzungen der Wahlkommissionen sind noch nicht mal immer Wahlbeobachter erlaubt (Link hierzu: [не всегда пускают](#)).

Fast drei Viertel der Wahlbeobachter von „Menschenrechtler für freie Wahlen“ haben im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen nicht transparent war. Insgesamt gab es bei der Zentralen Wahlkommission von Belarus über 150 Beschwerden, von denen fast 50 Verstöße bei der Auszählung der Stimmen betreffen.

Eine wichtige Besonderheit der belarussischen Wahlen ist, dass die belarussische Zivilgesellschaft und die politischen Parteien nicht nur darum kämpfen, die Wahlen zu gewinnen, sondern sich ebenso für Transparenz und ein rechtschaffendes Wahlverfahren einsetzen.



Nach 15 Jahren in Deutschland, Deutsch-Moldawierin darf zum ersten Mal wählen

Cristina Zavatin, Moldau

Ich traf Juliette Huchtemann in ihrem Büro in Berlin, sie machte gerade Geschäftstermine für diese Woche. Sie hat das Aussehen einer respektablen Dame um die vierzig Jahre. Vor einigen Jahren hat Juliette ihr eigenes Unternehmen gegründet: Sie hat in Berlin ein Haus gemietet und es in ein Hotel verwandelt.

Heute hat sie hier Familie und ist Besitzerin von zwei Hotels. Allerdings ist ihre Geschichte nicht so einfach, wie es scheinen mag. Juliette kam 1997 aus Osteuropa nach Deutschland. Genauer, aus Chisinau, der Hauptstadt der Republik Moldau, einem exsowjetischen Land zwischen Rumänien und der Ukraine.

„Ich kam mit 10 Dollar in der Tasche und dem starken Wunsch, etwas Geld für meine Familie in Chisinau zu verdienen.“ Die ersten acht Jahre verdiente sie ihren Lebensunterhalt als Putzfrau in Hotels. „Der Job war schwer, ich hatte keine Wochenenden, aber ich habe viel gelernt über die Hotellerie. Eines Tages habe ich verstanden, dass ich auf eigenen Füßen stehen kann.“ Sie verkaufte ihre Wohnung in Chisinau und gründete ihr Unternehmen in Berlin.

Die Bundestagswahl war für Juliette Huchtemann hoch symbolisch. Zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren konnte sie ihre politischen Ansichten durch die Teilnahme an den Wahlen zum Ausdruck bringen. „Es war ein wichtiger Tag, ich habe auf diesen Moment lange Zeit gewartet.“ Und sie hat sich gut darauf vorbereitet: „Ich habe die Programme aller Parteien gelesen und mich schon ein paar Wochen vor den Wahlen entschieden“, erklärt sie.

Der Sieg der CDU am 22. September war keine Überraschung. Die meisten Experten hatten den politischen Triumph von Angela Merkel prognostiziert. Juliette hat ihre Stimme den Christdemokraten gegeben, weil sie sich Bedingungen für die Entwicklung ihres Geschäftes erhofft. „Mein Mann ist Deutscher. Er hat eine andere Partei gewählt. Dennoch bin ich überzeugt von meiner Entscheidung. Ich war froh, als ich die ersten Hochrechnungen am Wahlsonntag hörte.“

Juliette Huchtemann ist eine von 12.000 Moldauern, die Moldau verlassen haben und ihre Zukunft in Deutschland suchen. Nur ein Teil von ihnen hat die deutsche Staatsangehörigkeit und kann ihre politischen Ansichten äußern. Deshalb hatten diese Bundestagswahlen eine besondere Bedeutung für Juliette Huchtemann – die erst seit Kurzem Deutsche mit moldauischen Wurzeln ist.